

FRONTEX KANN TÖDLICH SEIN

FLÜCHTLINGE STERBEN AN EUROPAS GRENZEN

Im Juni 2008 jährt sich zum 15. Mal die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Grundgesetz, Artikel 16a). Doch der damalige „Asylkompromiss“ von CDU/CSU, SPD und FDP stellt nur den Anfang einer restriktiver werdenden Einwanderungspolitik dar. Dies gilt nicht nur für Asylsuchende, sondern auch für andere MigrantInnen. Zunehmend werden politische Entscheidungen in der Asyl- und Migrationspolitik in den letzten Jahren auf der Ebene der EU getroffen. Obgleich die Verlagerung von Entscheidungen auf die europäische Ebene generell zu begrüßen ist, gehen damit derzeit erhöhte Risiken für die MigrantInnen einher, die nach Europa kommen wollen.

Europa schottet sich ab - mit der Grenzschutzagentur FRONTEX

2004 wurde Frontex gegründet, die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“. Obgleich diese von der Europäischen Union gegründet wurde, entzieht sie sich weitgehend der demokratischen Kontrolle. Schon das Erlangen von Informationen über die Agentur ist äußerst schwierig – und das selbst für Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Außerdem ist Frontex in seinem Handeln

fast vollständig autark.

Die Agentur benennt als ihren Aufgabenbereich die „operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen“. Frontex koordiniert die gemeinsame europäische Abschottungspolitik und trägt inzwischen auch selbst dazu bei, dass die Mauern der Festung Europa immer höher gezogen werden. Dazu erhält Frontex von den EU-Mitgliedsstaaten modernste militärische

Technologie, wie beispielsweise Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Schiffe oder Radargeräte.

Auch Deutschland beteiligt sich aktiv am Ausbau von Frontex : So wurden unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beispielsweise die Sofort-Einsatzteams (RABITs) gegründet, die sich aus „besonders fachkundigen“ Angehörigen der jeweiligen Grenzschutzorganisationen zusammensetzen (in Deutschland ist dies die Bundespolizei). Diese dürfen auch außerhalb ihres Heimatlandes exekutiv tätig werden. Deutsche Polizisten sind also in Spanien ganz vorne mit dabei, wenn es um Abschottung geht.

An den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen wird die wachsende Bedeutung von Frontex deutlich: Im ersten Jahr (2005) standen Frontex noch 6,2 Mio. Euro zur Verfügung, für 2008 rechnet die Agentur schon mit Einnahmen von über 70 Mio.



Schutz für Flüchtlinge?

Die politisch Verantwortlichen stellen die Grenzabschottungsmaßnahmen gerne als Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge dar. Durch die Abschottung solle verhindert werden, dass Flüchtlinge sich auf die lebensgefährliche Überfahrt nach Europa machen.

Diese Begründung erscheint jedoch höchst zynisch, betrachtet man den alltäglichen Umgang mit Flüchtlingen: So finden beispielsweise zahlreiche Abschiebungen nach Marokko statt, obgleich bekannt ist, dass Marokko im Jahr 2006 mehrfach Flüchtlinge in der Wüste an der Grenze zu Algerien ohne Überlebenshilfe aussetzte. Auch mit menschenrechtsfeindlichen Regimen wie Libyen und Mauretanien betreiben die europäischen Staaten eine enge Zusammenarbeit. Statt Flüchtlingen Schutz zu bieten, wird vielmehr versucht, diese frühzeitig, möglichst schon auf dem afrikanischen Kontinent, abzufangen. Die Zahl der Flüchtlinge, die auf den Kanaren angekommen sind, hat sich im Jahr 2006 nach den offiziellen Statistiken im Vergleich zum Vorjahr halbiert.

Tödliche EU-Politik!

Trotz dieser Maßnahmen machen sich noch immer viele Flüchtlinge auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa. Solange sich die politischen wie sozialen Lebensbedingungen in den armen Ländern des Südens nicht verbessern, ist dies nur allzugut nachvollziehbar.

Doch an diesen Umständen tragen die europäischen Staaten, die sich gerne als Verfechter der Menschenrechte darstellen, eine entscheidende

Mitschuld. Die Förderung der neoliberalen Globalisierung, sowie die Unterstützung undemokratischer Regierungen sorgen dafür, dass weiterhin viele Menschen aus ihren Herkunftsregionen fliehen werden.

Flüchtlinge werden in Zukunft immer längere und gefährlichere Wege auf sich nehmen. Viele Boote fahren mittlerweile schon von der westafrikanischen Küste los. Dabei werden die Risiken größer und die Zahl der Todesopfer steigt weiter an.

JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin fordern daher :

- **eine demokratische Kontrolle europäischer Politik**
- **einen umfassenden Schutz für Flüchtlinge**
- **Schluss mit der Militarisierung der EU-Außengrenzen**
- **ein Ende der Grenzabschottung**
- **globale Bewegungsfreiheit, offene Grenzen und gleiche Rechte für alle!**

••••• « Flucht und Migration » •••••
• Broschüre zu Migrationspolitik der JungdemokratInnen/Junge Linke •
•
• JungdemokratInnen/Junge Linke haben im •
• Frühjahr 2008 eine aktuelle Broschüre zur •
• deutschen und europäischen Migrationspo- •
• litik herausgegeben. Diese steht online auf •
• www.jdjl.org zur Verfügung, und kann gegen •
• Portokosten bei uns bestellt werden. •••••

ViSdP: Paul Brettel c/o JD/JL Berlin

COUPON	
o Ich möchte mehr Infos über JungdemokratInnen/ Junge Linke	
o Ich möchte bei euch mitmachen	
o Ich finde euch doof, weil: _____	
Name: _____	Fon: _____
Adresse: _____	Alter: _____
E-Mail: _____	Tätigkeit: _____
Einsenden an:	
JungdemokratInnen/ Junge Linke, Kopenhagener Str. 47, 10437 Berlin, Fon: 030/247 297 47	
E-Mail: info@jungdemokraten.de , Fax: 030/2345 96 26, www.jungdemokraten.de	
Datenschutzhinweis: Deine Daten werden von uns gespeichert und nur intern an den Bundesverband oder, wenn du nicht in Berlin wohnst, an deinen Landesverband weitergegeben. Du kannst jederzeit über deine gespeicherten Daten Auskunft bekommen und ihre Berichtigung oder Löschung verlangen. Die Weitergabe an Dritte ist in jedem Fall ausgeschlossen. Nein, wir verkaufen deine Daten nicht!	